

Politisches Zeichen in Richtung Kirchen

Für Planung der Struthofspange 1 Mill. DM bereitgestellt – Neue Verkehrsführung skizziert



Vor der gestrigen Ratssitzung verschafften sich vor allem Mitglieder der CDU-Fraktion einen Einblick in die Planungen für die neue Verkehrsführung am Struthof. Im Bild von links: Elternbeiratsvorsitzender der Geschwister-Scholl-Realschule, Thomas Mollenhauer, CDU-Fraktionssprecher Heinz Neuhaus, Bürgermeister Michael Lieber, Bauamtsleiter Michael Lauer und Planer Eberhard von Weschpennig.

Betzdorf. Die CDU-Fraktion des Stadtrats war gestern bei der Ortsbesichtigung am Struthof fast unter sich. Vertreter von SPD, FDP und FWG erklärten in der anschließenden Ratssitzung, die Planungen seien hinlänglich bekannt, und es bestehe ein großer Konsens aller Parteien. Den Sinn der Ortsbesichtigung stellten alle drei Fraktionen in Frage. Die Pläne zum Bau der Struthofspange, der Fußgängerunterführung, zur Verkehrsberuhigung im Wohngebiet Struthof und zur Steigerung der Sicherheit der Schüler seien „so unstrittig wie selten etwas in der Vergangenheit“, erklärte Udo Piske (FDP). So fiel denn auch der Beschluß einstimmig, für die Arbeiten am Struthof einen Bebauungsplan aufzustellen.

Mit den Einzelheiten wird sich der Bauausschuß auseinandersetzen.

Summe aufgestockt

Bürgermeister Michael Lieber hatte die Dringlichkeitssitzung auf Antrag der CDU einberufen. Der Rat nutzte die Gelegenheit, ein „politisches Zeichen“ in Richtung Kirchen und Kreis zu setzen. Horst Schumann hatte für die FWG beantragt, für Planungsarbeiten an der Struthofspange 300 000 DM im Haushalt 1992 bereitzustellen und zusätzlich eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 800 000 DM einzuplanen. Auf Antrag von CDU-Sprecher Heinz Neuhaus wurde dieser Betrag auf 1 Mill. DM erhöht. Der Beschluß fiel bei zwei Enthaltungen. Mit dieser runden Summe, so Neuhaus, solle für alle ein sichtbares politisches Zeichen gesetzt werden, daß „wir von Betzdorfer Seite die Spange vorantreiben wollen“.

Nachdem Planer Eberhard von Weschpennig die künftige Verkehrsführung bereits vor Ort skizziert hatte, stellte er das Projekt im Ratssaal noch einmal anhand von Plänen vor. Die Verlegung der B 62 zur Sieg hin schafft auf der dann alten Bundesstraße Raum für Parkplätze, die in Vierergruppen zwischen Grünflächen angelegt werden sollen. Die zur Anliegerstraße reduzierte B 62 alt wird zur Kirchener Seite hin einen Wen- deplatz erhalten.

Die nicht genutzten Flächen zwischen alter und neuer Straße werden bepflanzt. Etwa im Bereich der jetzt im Bau befindlichen Unterführung wird ein Busbahnhof entstehen. Auf lange Sicht ist vorgesehen, hier einen Umsteigerbahnhof einzurichten für Fahrgäste aus Betzdorf und Kirchen, die zum Molzberg fahren wollen.

Haarnadelkurve fällt weg

Vom Busbahnhof aus wird nach den bisherigen Plänen eine Rampe in Richtung Struthof gebaut, die sowohl Fußgängern als

auch Radfahrern das Erreichen der Schulen ermöglichen soll. Am oberen Ende dieser Rampe wird unterhalb der Realschule wegen des Höhenunterschieds ein Bebauungsplan für den Bereich am Struthof aufgestellt werden. Im Mittelpunkt aller Überlegungen habe die Sicherheit der Schüler zu stehen. Die Kostenfrage sei zweitrangig. Im Bauausschuß sollte auch eine Zuwegung zu den Schulen über die Klingelsbach mit in die Überlegungen einbezogen werden.

Nachdem der Bau der Struthofspange nun endlich in greifbare Nähe gerückt sei, so Heinz Neuhaus, müsse nun auch ein Bebauungsplan für den Bereich am Struthof aufgestellt werden. Im Mittelpunkt aller Überlegungen habe die Sicherheit der Schüler zu stehen. Die Kostenfrage sei zweitrangig. Im Bauausschuß sollte auch eine Zuwegung zu den Schulen über die Klingelsbach mit in die Überlegungen einbezogen werden.

SPD-Sprecher Erich Nolden erklärte seine Fraktion stimme dem CDU-Antrag „in den meisten Passagen voll und ganz“ zu. „Auch unsere Fraktion fordert mit Nachdruck, daß nach der Anlegung von Parkplätzen Schüler und Lehrer das Auto an der Kirchener Straße stehen lassen“, betonte Nolden. Schließlich seien „Schulhöfe keine Parkplätze“.

Kurz und knapp war die Stellungnahme von Horst Schumann. Die logische Konsequenz aus dem CDU-Antrag sei „die Überweisung in den Bauausschuß“. „Etwas verwundert“ äußerte sich Udo Piske, daß aus diesem Thema eine Dringlichkeitssitzung gemacht worden sei. Wolfgang Greiner (Grüne) beklagte, daß die Sicherheit der Schüler erst seit einem Jahr ernsthaft diskutiert werde. Dem widersprach Heinz Neuhaus und verwies auf einen Antrag aus dem Jahr 1981. Bernd Rödder (CDU) erklärte, die Dringlichkeitssitzung sei auch deshalb einberufen worden, um Planungen publik zu machen, über die bisher nur im verborgenen beraten worden sei.